

Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801
44028 Dortmund
Email: info@kurd-akad.com
www.kurd-akad.com

HINTERGRUNDPAPIER

KONTINUITÄT VON DIAOLOG- UND FREIDENSINITIATIVEN IN DER KURDISCHEN FRAGE

*Historische Einordnung, Analyse früherer Prozesse und politische
Handlungsempfehlungen für Deutschland und die EU*

INHALTSVERZEICHNIS

Inhalt

Einleitung	1
Historischer Kontext: Friedens- und Dialogansätze seit den 1990iger Jahren	2
Das Protokoll von Damaskus (1996)	3
Frühere Waffenstillstände und Dialogprozesse	4
Gründe für das Scheitern früherer Prozesse	5
Bedeutung für den heutigen politischen Prozess	6
Handlungsempfehlungen an Deutschland und die Europäische Union	7
Schlussfolgerung	8
Kontakt	8

Einleitung

Die aktuelle Debatte über eine politische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei wird häufig als neue Entwicklung dargestellt. Eine historische Betrachtung zeigt jedoch, dass Dialog-, Waffenstillstands- und Verhandlungsinitiativen seit den frühen 1990er Jahren wiederholt unternommen wurden. Bereits damals existierten Ansätze für eine politische Konflikttransformation, internationale Vermittlung sowie Modelle demokratischer Integration innerhalb bestehender Staatsgrenzen.

Besonders relevant ist ein im Mai 1996 in Damaskus unterzeichnetes Protokoll zwischen Abdullah Öcalan und einer deutschen Delegation aus Wissenschaft, Friedensforschung und Menschenrechtsarbeit. Das Dokument wurde jüngst erneut veröffentlicht und dokumentiert zentrale politische Positionen, die in wesentlichen Punkten bis heute Kontinuität aufweisen.

DIESES HINTERGRUNDPAPIER ANALYSIERT:

- die historische Entwicklung der Dialogversuche
- Inhalte und Bedeutung des Protokolls von 1996
- Ursachen des Scheiterns früherer Prozesse
- die Relevanz für heutige politische Initiativen
- sowie mögliche Beiträge Deutschlands und der Europäischen Union zu einer nachhaltigen Friedensordnung

Historischer Kontext: Friedens- und Dialogansätze seit den 1990iger Jahren

Der bewaffnete Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) entwickelte sich seit den 1980er Jahren zu einem der zentralen ungelösten Konflikte im Mittleren Osten. Die 1990er Jahre waren geprägt von massiver Gewalt, Zwangsvertreibungen, außergerichtlichen Tötungen und einem umfassenden Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten der Türkei.

Gleichzeitig entstanden jedoch erste politische Öffnungen:

- Diskussionen über kulturelle Rechte der Kurd:innen
- Kontakte zwischen staatlichen Akteur:innen und kurdischen Vertreter:innen
- internationale Vermittlungsansätze
- sowie mehrere unilaterale Waffenstillstände der PKK

Bereits 1993 wurde ein erster einseitiger Waffenstillstand seitens der PKK verkündet. Weitere Initiativen folgten 1995, 1998, 1999 sowie in den 2000er und 2010er Jahren. Zahlreiche Beobachter:innen bewerteten diese Phasen als historische Chancen für einen Übergang von militärischer Eskalation hin zu politischer Konfliktbearbeitung.

Insbesondere die Zeit zwischen 2013 und 2015 zeigte, dass gesellschaftliche Deeskalation und politische Verhandlungen grundsätzlich möglich sind. Das abrupte Ende dieses Prozesses führte jedoch erneut zu einer schweren Eskalation.

Die historische Bilanz zeigt daher zweierlei:

1. Dialogbereitschaft und politische Lösungsansätze existieren seit Jahrzehnten.
2. Fehlende institutionelle Garantien und politische Absicherung führten wiederholt zum Scheitern.

Das Protokoll von Damaskus (1996)

Im Mai 1996 reiste auf Einladung Abdullah Öcalans eine deutsche Delegation nach Damaskus. Teilnehmende waren unter anderem:

- Prof. Dr. Ulrich Gottstein (IPPNW)
- Prof. Dr. Norman Paech
- Prof. Dr. Ulrich Albrecht
- ein Vertreter von medico international

Im Anschluss wurde ein schriftliches Protokoll erstellt und von Abdullah Öcalan unterzeichnet. Das Dokument enthält mehrere bemerkenswerte Aussagen:

Ablehnung eines unabhängigen Staatsprojekts

Im Dokument wird ausdrücklich erklärt, dass kein unabhängiger kurdischer Nationalstaat angestrebt werde. Stattdessen wird eine demokratische Lösung innerhalb der Türkei beschrieben:

- politische Gleichberechtigung,
- kulturelle Autonomie,
- föderale Demokratie,
- demokratische Teilhabe.

Diese Position ist bedeutsam, da sie auf Konflikttransformation statt territoriale Sezession abzielt.

Unterstützung internationaler Vermittlung

Das Protokoll fordert internationale Dialogformate, eine Friedenskonferenz sowie aktive Vermittlung durch internationale Akteure.

Explizit wird auf internationale Friedensprozesse wie den Oslo-Prozess zwischen Israel und der PLO verwiesen.

Bezug auf internationales Recht

Das Dokument betont die Bedeutung der Genfer Konvention, internationale Untersuchungen möglicher Kriegsverbrechen, rechtsstaatliche Verfahren und die Rolle internationaler Menschenrechtsinstitutionen.

Betonung demokratischer Integration

Von enormer Relevanz ist zudem die Aussage, dass kurdische Organisationen in Europa die jeweiligen demokratischen Rechtsordnungen respektieren müssten. Deutschland wird dabei ausdrücklich als demokratischer Referenzrahmen genannt.

Frühere Waffenstillstände und Dialogprozesse

Die Friedensgeschichte der letzten drei Jahrzehnte weist eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Folgende zentrale Stationen sind aufzuführen:

1993: erster unilateraler Waffenstillstand der PKK

1995 - 1996: erneuter Waffenstillstand & o.g. Protokoll von Damaskus

1999: erneute strategische Neuausrichtung hin zu politischen Lösungen nach der völkerrechtswidrigen Festnahme Abdullah Öcalans

2009 - 2011 Oslo-Phase

2013–2015: direkte Gespräche zwischen türkischem Staat und Abdullah Öcalan bzw. kurdischer Bewegung mit zeitweise weitgehender Deeskalation

Seit 2015: Abbruch des Prozesses, erneute Militarisierung und massive Einschränkungen demokratischer Räume

Gründe für das Scheitern früherer Prozesse

Die Analyse vergangener Prozesse zeigt strukturelle Ursachen des Scheiterns.

Fehlende institutionelle Garantien

Die Dialoge waren häufig informell und politisch nicht abgesichert: Es gab keine parlamentarische Verankerung, keine unabhängigen Kontrollmechanismen, keine internationale Begleitung und keine verbindlichen Zeitpläne. Dadurch konnten Prozesse jederzeit politisch beendet werden.

Dominanz sicherheitspolitischer Logiken

Phasen politischer Öffnung wurden regelmäßig durch innenpolitische Eskalationen, Wahlkämpfe oder regionale Krisen verdrängt. Sicherheitslogiken dominierten langfristig über politische Reformansätze.

Mangelnde internationale Begleitung

Internationale Akteur:innen unterstützten die Dialog-/Friedensprozesse nur begrenzt oder inkonsistent. Anders als in anderen Konflikten fehlten dauerhafte Vermittlungsstrukturen, internationale Beobachtungsmechanismen sowie politische Garantien für Vereinbarungen.

Eingeschränkte demokratische Räume

Repressionen gegen oppositionelle Parteien, Journalist:innen, Kommunalverwaltungen, Menschenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteure schwächten dauerhaft gesellschaftliche Voraussetzungen für einen Dialog.

Regionale Dynamiken

Die Kriege in Syrien und Irak sowie geopolitische Interessen regionaler und internationaler Akteure verstärkten die Militarisierung zusätzlich.

Bedeutung für den heutigen politischen Prozess

Die historische Kontinuität der Dialoginitiativen zeigt, dass politische Lösungsansätze kein kurzfristiges taktisches Phänomen sind, sondern Bestandteil einer langfristigen Entwicklung.

Das Dokument von 1996 ist deshalb relevant, weil es bereits damals zentrale Elemente formulierte, die heute erneut diskutiert werden:

- demokratische Integration statt Sezession
- politische Gleichberechtigung- rechtsstaatliche Garantien
- nachhaltige Konflikttransformation

Für europäische Akteur:innen ergibt sich daraus eine wichtige Schlussfolgerung:

Eine rein sicherheitspolitische Betrachtung der kurdischen Frage greift zu kurz. Nachhaltige Stabilität kann nur durch politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Öffnung erreicht werden.

Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte legen nahe, dass dauerhafte Deeskalation nur möglich ist, wenn:

- politische Dialogkanäle institutionell abgesichert werden,
- demokratische Räume geschützt bleiben,
- und internationale Akteur:innen konstruktive Vermittlungs-/Unterstützungsrollen übernehmen.

Handlungsempfehlungen an Deutschland und die Europäische Union

Unterstützung politischer Dialogformate

Deutschland und die EU sollten politische Gesprächskanäle fördern, zivilgesellschaftliche Vermittlungsinitiativen unterstützen sowie internationale Dialogplattformen ermöglichen.

Förderung rechtsstaatlicher Garantien

Notwendig sind der Schutz demokratischer Opposition, die Sicherung kommunaler Selbstverwaltung, die Stärkung unabhängiger Justizstrukturen und der Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit.

Parlamentarische und internationale Beobachtungsmechanismen

Empfohlen werden die Einrichtung internationaler Beobachtermissionen, parlamentarische Monitoringformate und menschenrechtliche Evaluierungsmechanismen.

Unterstützung von Konflikttransformation statt Militarisierung

Die deutsche bzw. europäische Politik sollte stärker auf zivile Konfliktbearbeitung, gesellschaftliche Versöhnung, demokratische Integration und nachhaltige Friedensordnung ausgerichtet werden.

Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure

Stiftungen, wissenschaftliche Institutionen und Menschenrechtsorganisationen können eine wichtige Rolle spielen bei Dialogförderung, Dokumentation, wissenschaftlicher Aufarbeitung und vertrauensbildenden Maßnahmen.

Schlussfolgerung

Die Geschichte der letzten drei Jahrzehnte zeigt deutlich: Die Suche nach einer politischen Lösung der kurdischen Frage ist keine neue Entwicklung, sondern ein wiederkehrender Bestandteil der politischen Realität in der Türkei und der Region.

Das 1996 unterzeichnete Protokoll dokumentiert, dass bereits früh Konzepte für demokratische Integration, internationale Vermittlung und politische Konfliktlösung formuliert wurden.

Das wiederholte Scheitern früherer Prozesse verweist weniger auf das Fehlen von Dialogbereitschaft als vielmehr auf mangelnde institutionelle Absicherung, unzureichende internationale Begleitung und die Dominanz sicherheitspolitischer Ansätze.

Für Deutschland und die Europäische Union ergibt sich daraus die Verantwortung, politische und rechtsstaatliche Rahmenbedingungen zu fördern, die langfristige Konflikttransformation ermöglichen. Nachhaltiger Frieden setzt demokratische Teilhabe, rechtliche Garantien und internationale Unterstützung voraus.

Gerade vor dem Hintergrund aktueller regionaler Krisen bleibt eine politische Lösung der kurdischen Frage ein zentraler Baustein für Stabilität, Demokratie und nachhaltige Friedensordnung im Nahen Osten.

Kontakt:

Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Postfach 102801

Email: info@kurd-akad.com

www.kurd-akad.com